

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Vor einer noch schlimmeren Entlassungswelle ...

5,477 Millionen Menschen suchen Arbeit. Das sind 420.000 mehr als Mitte letzten Jahres.

Die offizielle Arbeitslosenstatistik weist 3,409 Millionen Arbeitslose aus, 9,1% mehr als vor einem Jahr.

Allein im ersten Halbjahr 2009 sind bereits 2,185 Millionen Menschen aus der Erwerbstätigkeit heraus arbeitslos geworden, davon sind 655.000 direkt in Hartz IV gestürzt.

Nach den Angaben des DGB sind heute rund 4,9 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter auf Hartz IV angewiesen. Das waren 18,5% aller neuen Arbeitslosen, in Ostdeutschland sogar 22,2%, dem Land der „verlorenen Regionen“, die nicht mehr förderungswürdig sind, so die Bilanz einer von Bundesverkehrsminister Tiefensee in Auftrag gegebenen Studie.

Das sind die alarmierenden Zahlen, die Anneliese Buntenbach vom DGB-Vorstand jetzt veröffentlicht hat.

Das ist die Bilanz der Politik der Großen Koalition unter Merkel, die Milliarden zur Rettung der Banken gibt, die weiter die Kredite an die Unternehmen verweigern; die Konzerne mit Milliarden staatlicher Gelder unterstützt, mit der Auflage von Stellen- und Produktionsabbau und Lohnkürzungen. Es ist die Bilanz der Großen Koalition, die voll und ganz mitgetragen wird von den SPD-Mitgliedern in der Regierung. Unter dem Führungstrio Müntefering, Steinmeier und Steinbrück wurde die SPD auf dem SPD-Parteitag am 14. Juni noch einmal eingeschworen auf das „Weiter so“, d.h. auf das Festhalten an der Politik und an der Großen Koalition bis zu Ende.

Es ist die Bilanz einer Politik, zu der der SPD-Arbeitsminister Scholz erklärt: „Mit unserem Modell der Sozialpartner-

schaft können wir gut durch die Krise kommen.“

Die 2,2 Millionen, die arbeitslos wurden und die 655.000, die direkt in Hartz IV gestürzt sind – die ihre und die soziale Existenz ihrer Familien nicht mehr sichern können – sie sind „gut durch die Krise“ gekommen?

Die Hunderttausenden Kurzarbeiter, die zunächst noch vor der direkten Arbeitslosigkeit bewahrt wurden, dafür aber mit Lohnverlust einen teuren Preis bezahlt haben – sind sie gut durch die Krise gekommen?

Keine positive Antwort von Bundesarbeitsminister Scholz in der Regierung haben die Opel-KollegInnen auf ihre Forderung bekommen, der SPD-Minister müsse sofort die Initiative ergreifen für eine staatliche Garantie aller Arbeitsplätze bei Opel und den Zulieferern.

Keine Antwort geben die SPD-Minister in der Großen Koalition den KollegInnen von Karstadt/Quelle und Hertie, die gefordert haben, dass ihre Warenhäuser unter staatlichen Schutz gestellt und dass die Großeigentümer mit ihrem Vermögen zwangsverpflichtet werden für die Finanzierung zur Rettung aller Arbeitsplätze.

Brauchen die Menschen in Ostdeutschland nicht sofort Maßnahmen „für staatliche Investitionen in die Produktion, für den industriellen Wiederaufbau unter staatlicher Verantwortung und unter dem Schutz vor Profitzwang, Krise und Pleite“? – wie es Berliner SozialdemokratInnen fordern?

Jetzt rollt eine nächste, noch schlimmere Entlassungswelle auf Deutschland zu.

So meldet z.B. ver.di, dass schon jetzt viele Unternehmen, in denen 1,3 Millionen Beschäftigte zur Zeit in Kurzarbeit

sind, angekündigt haben, demnächst auf Kündigungen umzusteigen.

SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen aus NRW schreiben in ihrer Einladung zum 12. September in Köln (s. Seite 3):

„Verdienen die Hunderttausende von KollegInnen, die um ihre Arbeitsplätze bangen und kämpfen, nicht sofort eine Antwort, wie der Stellenabbau gestoppt werden kann?“

Und sie schlagen vor, jetzt „gemeinsam für ein sofortiges Verbot von Arbeitsplatzvernichtungen und Entlassungen bei allen bedrohten Betrieben einzutreten!“

Von der SPD-Führung, die das „Weiter so“ diktiert, kann niemand ein Engagement für diese Forderung erwarten. Damit die SPD auf die dringlich notwendigen Maßnahmen verpflichtet werden kann, muss sie von dem Trio Müntefering, Steinmeier und Steinbrück befreit werden.

„Als Sozialdemokrat, der sich den Interessen der ArbeitnehmerInnen verpflichten will, kann man nicht einer Regierung angehören, die die Verantwortung für die Zerstörung von Tausenden von Arbeitsplätzen (...) hat“, schreiben die GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen in ihrer Einladung.

Sie wenden sich an alle ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen, an alle SozialdemokratInnen und KandidatInnen der SPD:

„Es gibt keinen Zweifel: eine SPD, die sich öffentlich für diese Sofortmaßnahmen, für ein Entlassungsverbot erklärt, kann Millionen ArbeitnehmerInnen mobilisieren und so die Kraft für die Eroberung einer SPD-geführten Regierung und zur Erfüllung dieser Forderungen gewinnen.“

CARLA BOULBOULLÉ